

JPost: Deutsche Medien sind rückwärtsgewandt



Die ständige Beschäftigung der deutschen Medien mit der Nazizeit erklärt, warum deren Berichterstattung voller Titelgeschichten und Kommentare zu John Demjanjuk (Foto) ist und warum die deutschen Medien von diesem Thema schon seit Wochen beherrscht werden. Am Mittwoch schrieb der populäre Kolumnist Franz Josef Wagner in der Massenzeitung *Bild*: „Wir müssen diesen alten Mann daran erinnern, was er tat.“

(Leicht gekürzte Übersetzung eines [Artikels von Benjamin Weinthal](#) aus der *Jerusalem Post* vom 13. Mai 2009)

„Wir schulden es den Opfern und uns selbst. Andernfalls wären wir ein Volk ohne Gedächtnis.“

Und die links-liberale *Süddeutsche Zeitung* äußerte in einem Leitartikel:

„Das gerichtliche Vorgehen gegen Demjanjuk ist nicht nur ein Gerichtsverfahren gegen einen alten Mann, sondern ein Prozess um der Wahrheit willen.“

Während einerseits die häufig wiederholte Erklärung „Nie wieder Auschwitz“ in Deutschland eine geläufige plakative Redewendung ist, ebenso wie die Meinung, dass Nazi-Verbrechen

nicht verjähren dürfen, beleuchtet der Fall Demjanjuk andererseits in bizarrer Weise, was der Aufmerksamkeit der deutschen Presse zu entgehen scheint: Die kräftige Unterstützung der deutschen Industrie beim Handel mit dem Iran und die Kreditgarantien der deutschen Regierung, um diesen Handel abzusichern.

Im Januar vertrat David Schwammenthal in der europäischen Ausgabe des *Wall Street Journal* die Meinung:

„Feierliche Erklärungen über das Übel des Holocaust tun Europas boomenden Handel mit den Mullahs in Teheran, die von Israels Zerstörung träumen, keinen Abbruch. All die feierlichen Veranstaltungen, die die Untätigkeit des Westens gegen die deutschen Faschisten vor 60 Jahren bedauern, sind zum Ersatz für Handlungen gegen die modernen Faschisten, vorwiegend Islamisten, verkommen.“

Der Schriftsteller Johannes Gross beschreibt Deutschlands Beziehung zu seiner Nazi-Vergangenheit mit folgenden Worten:

„Der Widerstand gegen Hitler und seinesgleichen nimmt von Tag zu Tag zu, je mehr das Dritte Reich in die Vergangenheit eintritt.“

In starkem Kontrast zu Deutschlands Bereitschaft, die vermutlichen Kriegsverbrechen Demjanjuks zu ahnden, steht der fortdauernde fehlende Wille der Bundesrepublik, Irans nukleares Waffenprogramm zu stoppen. Während Irans Völkermord-Drohungen gegen die israelischen Überlebenden von Sobibor und ihre Kinder und Enkelkinder, und gegen die Überlebende anderer Vernichtungslager sich intensivieren, weigert sich die Regierung von Kanzlerin Angela Merkel Gesetze zu erlassen, um ihre Handelsbeziehungen mit Iran, die sich auf etwa 4 Milliarden Euro jährlich belaufen, zu reduzieren.

Eine Reihe deutscher Kritiker betont, dass es bedeutungslos

ist, revolutionär „Nie wieder Auschwitz“ zu schreien und nicht gleichzeitig konkrete Schritte gegen die Anstrengungen des iranischen Regimes, den jüdischen Staat auszulöschen, einzuleiten.

(Übersetzung: Renate)